

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 060/2010 (DDI)

Interpellation Daniel Mackuth (CVP, Trimbach): Zur Sicherheit bei Demos, Kundgebungen, Märschen, Sachschäden rund um das Thema Kernkraftwerk Gösgen 2 (11.05.2010)

Vor über 30 Jahren wurde das Kernkraftwerk im Niederamt gegen enormen Widerstand einzelner Verbände gebaut. Der Einsatz der Sicherheitskräfte und deren Kosten waren sehr hoch. In der Gegenwart läuft das KKG im Normalbetrieb und ist in der Bevölkerung grösstenteils akzeptiert. Die Firma Alpiq hat nun ein Konzessionsgesuch für den Bau und den Betrieb eines neuen Kernkraftwerkes vor einiger Zeit auf dem ordentlichen Weg eingereicht. Stimmen aus diversen Kreisen wurden geäussert, dass ein zweites Kernkraftwerk nicht gebaut werden darf. Das wird früher oder später zu Auseinandersetzungen führen. Ein erstes Demonstrationsgesuch ist bereits eingereicht. Unter dem Motto „Menschen Strom gegen Atom“ soll am 24. Mai 2010 eine friedliche gewaltfreie Manifestation stattfinden. Einige hundert, wenn nicht tausende Teilnehmer sollen gemäss Aussagen der Organisatoren teilnehmen.

Der Regierungsrat wird gebeten, zu den folgenden Fragen seine Stellungnahme abzugeben:

1. Was unternimmt der Regierungsrat im Zusammenhang mit den künftigen Auseinandersetzungen im Raume Niederamt, um die Sicherheit der Bevölkerung und der ganzen Region zu gewährleisten? Wer übernimmt die Federführung und die Verantwortung?
2. Gibt es ein Konzept oder einen Vertrag, wer die künftig anfallenden Kosten in den verschiedenen Bereichen tragen wird?
 - Sachbeschädigungen
 - Personenschäden (Gesundheit, Rehabilitation)
 - Freiheitsberaubungen
 - Einsätze von Polizei, Feuerwehr, Sanität etc.
 - Behinderungen/Betriebsunterbrüche bei Industrie und Gewerbe
3. Wie und in welcher Form kann eine künftige KKG-Standortgemeinde in die Kostenbeteiligung der diversen Aufwendungen einbezogen werden oder vertraglich dazu verpflichtet werden (Sicherung von Grund und Boden)?
4. Hat der Regierungsrat eine Task Force eingesetzt, um die künftigen Ereignisse proaktiv zu planen (wie bspw. bei der Fussball-EM)?
5. Was wird zur Sicherung des Bahnverkehrs bei künftigen Ereignissen unternommen?
6. Gibt es nach Ansicht des Regierungsrats noch andere Themen, z.B. Vermummungsverbot, Spezialgerichte etc., welche noch zu berücksichtigen sind?

Begründung (11.05.2010): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Daniel Mackuth, 2. Georg Nussbaumer, 3. Theophil Frey, Thomas A. Müller, Kurt Bloch, Martin Rötheli, Annelies Peduzzi, Susan von Sury-Thomas, Urs Schläfli, Silvia Meister, Konrad Imbach. (11)